

DER ANDERE BLICK

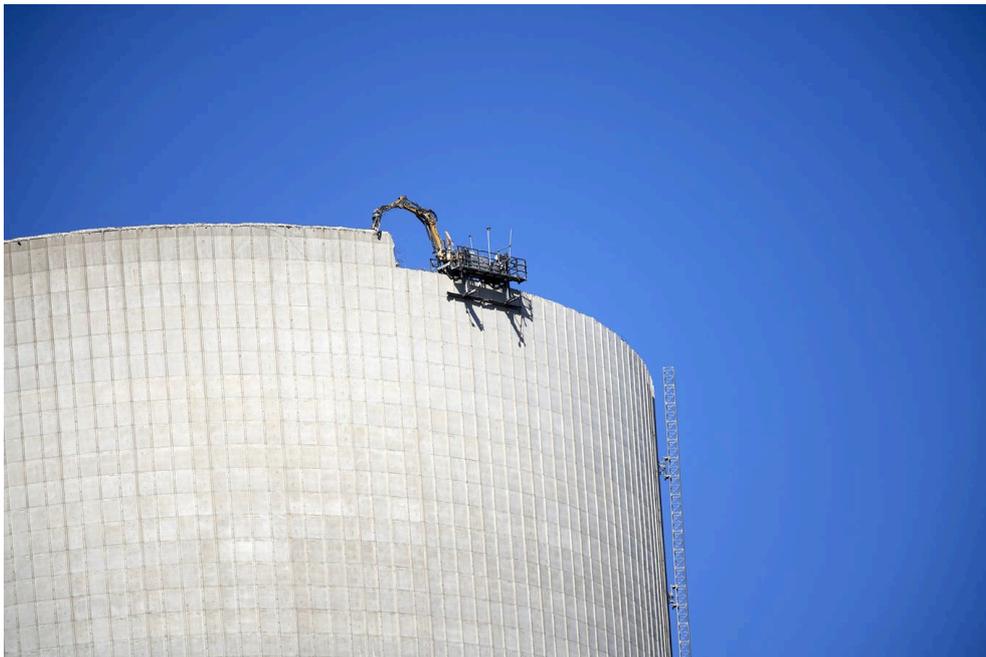
Wenn es um die Kernkraft geht, darf in Deutschland noch immer hemmungslos geschwurbelt werden

Es ist gut, dass die Umstände des Atomausstieg genauer untersucht werden. Es wird zwar keiner der grünen Minister deswegen zurücktreten. Aber darum geht es schon längst nicht mehr.

Morten Freidel, Berlin

29 Kommentare →

04.07.2024, 18.25 Uhr ⌚ 3 min



Abrissarbeiten am Kühlturm des AKW Mülheim-Kärlich.

Sascha Ditscher / Imago

Schon am Tag des endgültigen Atomausstiegs in Deutschland im April 2023 war die Entscheidung vollkommen überholt. Das Land stand damit weitgehend allein da. Viele europäische

Länder gingen längst andere Wege, verlängerten Laufzeiten oder verkündeten den Neubau von Reaktoren, ob Belgien, Polen oder die Niederlande.

Wenige Monate später teilten führende Industriestaaten auf der Weltklimakonferenz in Dubai mit, ihre nukleare Kapazität bis 2050 zu verdreifachen. Und soeben hat der amerikanische Senat in seltener Einmütigkeit ein Gesetz erlassen, das den Neubau von Reaktoren vereinfachen soll. Die Amerikaner ertüchtigen sogar ein bereits stillgelegtes Atomkraftwerk, so ernst ist es ihnen.

Die deutsche Regierung nahm all das gleichgültig zur Kenntnis. Sie blieb bei ihrem Kurs. Deutschland ist damit das einzige mächtige Industrieland auf der Erde, das versucht, nur mit Wind und Sonne klimaneutral zu werden. Wenn sich einer in Gegenrichtung zu allen anderen bewegt, dann mag er einer grossen Sache auf der Spur sein. Meistens aber ist er ein Geisterfahrer.

Das Erstaunlichste ist, dass sich die Debatte im Land kaum verändert hat, obwohl bereits die Lichter entgegenkommender Fahrzeuge zu blenden beginnen. Noch immer verbreiten Politiker ungerührt Halbwahrheiten über die Kernenergie, manchmal glatte Lügen. In einer Debatte im Bundestag im Mai behauptete der sozialdemokratische Abgeordnete Helmut Kleebank, die Regierung Merkel habe den Ausstieg 2011 beschlossen wegen der «Atomkatastrophe von Fukushima mit geschätzt bis zu 20 000 Todesopfern».

Ein durchschaubares Manöver

Diese Aussage ist falsch. Bei der unmittelbaren nuklearen Katastrophe von Fukushima gab es keinen einzigen Toten, wie man im Bericht des Uno-Ausschusses Unscear von 2020 nachlesen kann. Die Fachleute halten es sogar für unwahrscheinlich, dass sich die Krebsrate im betroffenen Gebiet erhöht hat. Dafür ist die Strahlenbelastung an allen Orten zu weit unter dem Grenzwert geblieben. Dass so viele Menschen starben, ist vor allem dem verheerenden Tsunami geschuldet und der anschließenden Umsiedlung älterer Menschen aus dem Katastrophengebiet. Kleebank sprach trotzdem einfach weiter.

Das ist nur ein Beispiel, das stellvertretend für viele andere steht. Wenn es um die Kernenergie geht, darf in Deutschland noch immer hemmungslos geschwurbelt werden.

Deshalb ist es gut, dass es nun einen Untersuchungsausschuss des Bundestages über die genauen Umstände des Atomausstiegs geben wird. Natürlich kann man viele Argumente gegen diesen Ausschuss anführen. Dass ausgerechnet die Union ihn einsetzt, ist angesichts ihrer eigenen Verantwortung für den Atomausstieg mindestens ironisch. Es ist ein durchschaubares Manöver, um die deutsche Regierung vor sich herzutreiben. Die Partei lässt bislang keine Gelegenheit dazu aus, auch diese nicht.

Es ist zudem eher unwahrscheinlich, dass der Ausschuss schwerwiegende Manipulationen im grün geführten Wirtschafts- oder Umweltministerium aufdecken wird. Mit einem Rücktritt von der Minister Robert Habeck oder Steffi Lemke sollte niemand rechnen.

Der Unterschied zwischen Fakten und Ideologie

Die Recherchen des «Cicero» haben zwar gezeigt, dass die Entscheidung des Atomausstiegs ideologiegetrieben war. In den grün geführten Ministerien wurden Fakten weggelassen, verzerrt oder völlig einseitig bewertet. Die Kraftwerke sollten um jeden Preis abgeschaltet werden, Energiekrise hin oder her. Aber auch die Minister anderer Parteien fällen politische Entscheidungen. Es geht bei solchen Beschlüssen nie allein um Tatsachen.

Und genau das kann der Ausschuss zeigen. Er kann den Unterschied zwischen Fakten und Ideologie kenntlich machen. Er kann der Öffentlichkeit vor Augen führen, wie weit die Grünen bei der Atomenergie von einer wissenschaftsbasierten Bewertung entfernt waren und sind. Bestenfalls kann er den Deutschen demonstrieren, dass die Risiken der Atomkraft beherrschbar sind.

Dass ein Energiesystem, das Atomkraft mit Erneuerbaren kombiniert, günstiger ist als eines, das allein auf die Kraft von Wind und Sonne setzt. Dass es sogar möglich ist, selbst stillgelegte Reaktoren wieder zu ertüchtigen. Und dass man, entsprechende Zusagen der Politik vorausgesetzt, sogar Betreiber für neue Atomkraftwerke finden kann.

Für diese Regierung mögen solche Tatsachen keine Rolle spielen. Wohl aber für den Bürger. Spätestens bei der nächsten Bundestagswahl.

29 Kommentare

I. G. vor etwa 2 Stunden

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für deutsche Kernkraftwerke wurden die stärksten möglichen Erdbeben und die höchsten möglichen Hochwasserstände am geplanten Standort ermittelt. Auf diese Größen wurden weitere Sicherheitszuschläge gegeben. Danach mussten die Kernkraftwerke ausgelegt werden. Das KKW Fukushima-Daiichi wäre nach deutschem Atomrecht nicht genehmigt worden. Neben der sowieso vorhandenen ständigen Atomaufsicht veranlasste die Bundesregierung anlagenspezifische Sicherheitsüberprüfung deutscher Kernkraftwerke, unter Berücksichtigung der Ereignisse in Fukushima. Dies wurde als Stresstest bezeichnet. Diese Überprüfung der Robustheit, bestätigte ausnahmslos nicht nur die sehr hohe sicherheitstechnische Auslegung der Anlagen nach dem deutschen Atomrecht, sondern sogar darüberhinausgehende zusätzlich vorhandene Sicherheitsreserven. Es ergab sich keine einzige Hinweis auf die Notwendigkeit von Abschaltungen, was die Bundesregierung jedoch trotzdem vornahm. Dieses Vorgehen war nicht durch sicherheitstechnische Mängel, sondern rein populistisch vor der NRW-Landtagswahl motiviert. Übrigens führte Herr Habeck als Begründung für die kurzzeitige Laufzeitverlängerung der letzten drei deutschen Kernkraftwerke die Nichtverfügbarkeit französischer Kernkraftwerke an. Dass Strom aus französischen Kernkraftwerken zur Sicherung des deutschen Stromnetzes akzeptiert wird, während deutsche Kernkraftwerke abgeschaltet werden, ist ideologisch motivierte Irrationalität.

[24 Empfehlungen](#)

Stephan Eder vor etwa 2 Stunden

So ist das nun mal, wenn im "besten Deutschland aller Zeiten" Ideologien (Klimakrise, Energiewende, Verkehrswende, Migration, Wokismus) die Vernunft abgelöst haben. Leider erinnern sich die Regierenden im Land der Dichter und Denker nicht mehr an Kant: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“

[23 Empfehlungen](#)

[Alle Kommentare anzeigen](#)

Passend zum Artikel



INTERAKTIV

Deutschland hat im Juni erneut 11 Prozent seines Stromverbrauchs mit Importen gedeckt – Zahlen zur Energieversorgung, täglich aktualisiert

Aktualisiert 04.07.2024 ⌚ 8 min



Die deutsche Umweltministerin und die Atomkraft: Wie gefällig darf eine Studie sein?

24.03.2024 ⌚ 5 min



INTERVIEW

«Beim Bau von AKW werden in den nächsten Jahren 100 000 Arbeitsplätze entstehen»

14.03.2024 ⌚ 7 min



Mehr von Morten Freidel (frei) >



INTERVIEW

Ein grüner Realo nimmt seine Partei in die Pflicht: «Wir müssen die irreguläre Migration in den Griff bekommen. Auch wir tragen dafür Verantwortung»

02.07.2024 ⌚ 9 min





Aktivisten wollen die Wirtschaft für das Klima schrumpfen. Das muss scheitern

26.06.2024 ⌚ 10 min



KOMMENTAR

Der Fall Kimmich markiert einen Nervenzusammenbruch der deutschen Öffentlichkeit – trotzdem redet kaum jemand darüber

21.06.2024 ⌚ 4 min



KOMMENTAR

Die apokalyptische Rhetorik der Grünen zieht nicht mehr

19.06.2024 ⌚ 6 min



Deutsche Zögerlichkeit: Jetzt darf die Ukraine doch mit westlichen Waffen auf russisches Territorium schießen

31.05.2024 ⌚ 3 min



Neueste Artikel >



Nur zwei Wochen nach dem verheerenden Unwetter öffnet die A 13 wieder – wieso geht das so schnell?

vor 55 Minuten ⌚ 4 min



Ankeraktionäre statt Börsengang: Flix holt Klaus-Michael Kühne und EQT an Bord

vor 2 Stunden ⌚ 3 min



KURZMELDUNGEN

News aus Zürich: Der Kanton soll bis 2040 klimaneutral sein +++ Freinacht, wenn die Schweiz im Viertelfinal gewinnt

Aktualisiert vor 2 Stunden





DIE NEUSTEN ENTWICKLUNGEN

Folgen der Unwetter in der Schweiz: Simplonpass ab Freitagabend wieder offen +++ Behörden erlassen Badeverbot für Maggia und Teile des Lago Maggiore

Aktualisiert vor 3 Stunden



Die Respektlosigkeit der Touristen geht der Schweizer Bevölkerung auf die Nerven

vor 3 Stunden ⌚ 4 min



28-Jähriger verblutet nach einer Party in den Armen seiner Freundin – nun steht der Täter vor Gericht

vor 4 Stunden ⌚ 5 min



Für Sie empfohlen >



Hochpreisinsel Schweiz: Die Wettbewerbshüter finden in einem ersten Entscheid keine Hinweise für «Abzockerei» durch ausländische Firmen

vor 4 Stunden ⌚ 3 min





Verführt von Chat-GPT: Wie Unternehmen sich mit KI verzetteln und Zeit und Geld verlieren

04.07.2024 ⌚ 7 min



PODCAST

Grossbritannien wählt – und wahrscheinlich wird der langweilige Mr. Starmer Premierminister

04.07.2024



KOMMENTAR

Putins «neue Weltordnung»: Der Profiteur heisst Xi Jinping

04.07.2024 ⌚ 3 min



KOMMENTAR

Sergio Ermottis Truppe stampft alle Produkte ein, die «CS» im Namen tragen: Zum Nachteil der Kunden – doch für die UBS ist es der richtige Entscheid

04.07.2024 ⌚ 3 min



Von wegen faule Griechen: Athen geht mit Sechs-Tage-Woche gegen Fachkräftemangel vor

04.07.2024 ⌚ 4 min



KOMMENTAR

Der bizarre Streit um den Schaffhauser Ständerat Simon Stocker zeigt: Regeln, die eine Wahl vom Privatleben abhängig machen, gehören abgeschafft

04.07.2024 ⌚ 3 min





Unwetter im Klimawandel: Die Erwärmung macht immer heftigere Regengüsse möglich

04.07.2024 ⌚ 5 min



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.